

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich

Sitzungstermin: Montag, 01.09.2008

Raum: Ratssaal des Rathauses

Sitzungsbeginn: 16:02 Uhr

Sitzungsende: 18:58 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Rainer Zörgiebel UWG

ordentliche Mitglieder

Herr 1. stv. BM Dieter von Essen CDU

Frau Susanne Lamers CDU

Herr Alfons Langfermann CDU

Herr Hans-Dieter Röben CDU

Herr Jürgen Haake FDP

Herr Lars Krause SPD

Herr Rainer Meyer SPD Für Rüdiger Kramer

Frau Monika Sager-Gertje SPD

Herr Werner Skirde SPD

Herr Gerd Langhorst B90/Grüne

Verwaltung

Herr Bürgermeister Dieter Decker

Herr Günther Henkel

Herr Hans-Hermann Ammermann

Herr Guido Zech

Herr Ralf Kobbe Protokoll

Gäste

Herr 2. stv. BM Egon Düser UWG

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Frau Kerstin Druivenga-Kreitsmann SPD

Herr Walter Steinhausen CDU

Herr Michael Köver B90/Grüne

Herr Hans-Hermann Schlange SPD Ehrenratsmitglied

Frau Britta Lübbers von der Rasteder Rundschau

Herr Wolfgang Müller von der Nordwest-Zeitung

Herr Sven Hunger-Weiland vom Hunte Report

Herr Andreas Barnickel vom NDR

Herr Thomas Aufleger vom Planungsbüro Nordwestplan

Herr Marc Reichenbach vom Planungsbüro Nordwestplan

sowie 34 weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr Rüdiger Kramer

SPD

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 23.06.2008
- 4 Aufstellung Bebauungsplan 86 - Gewerbegebiet Autobahnkreuz Oldenburg-Nord
Vorlage: 2008/135
- 5 Straßenbenennung im Gemeindegebiet
Vorlage: 2008/137
- 6 Aufstellung Bebauungsplan 79 B - Südlich Schlosspark
Vorlage: 2008/132
- 7 Ausbau Peterstraße
Vorlage: 2008/133
- 8 Umgestaltung Kögel-Willms-Platz
Vorlage: 2008/134
- 9 Inwertsetzung Denkmalsplatz
Vorlage: 2008/128
- 10 Oldenburger Straße (K 131) - Erweiterung Straßenbeleuchtung und Sanierung des Rad-Fußweges; Antrag der UWG-Fraktion
Vorlage: 2008/126
- 11 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Zörgiebel eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 16:02 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Zörgiebel stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind elf stimmberechtigte Mitglieder.

Frau Sager-Gertje bittet darum, den TOP 11 „Entwicklung Kläranlage Rastede – Baulicher Teil“ aufgrund der umfangreichen Tagesordnung abzusetzen.

Seitens der übrigen Ausschussmitglieder wird dieser Antrag unterstützt.

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:

Die geänderte Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 23.06.2008

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 23.06.2008 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

**Aufstellung Bebauungsplan 86 - Gewerbegebiet Autobahnkreuz Oldenburg-Nord
Vorlage: 2008/135**

Sitzungsverlauf:

Herr Aufleger vom Planungsbüro Nordwestplan stellt zunächst anhand einer Power-Point-Präsentation - die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist - die wesentlichen Anregungen aus der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie die daraus resultierenden Abwägungsvorschläge vor, und erklärt, dass auf Grundlage der vorliegenden Planungsunterlagen in der nächsten Ratssitzung der Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan 86 – Gewerbegebiet Autobahnkreuz Oldenburg-Nord gefasst werden kann.

Auf Nachfrage von Herrn Krause stellt Herr Aufleger klar, dass anstelle der 10,48 ha Waldfläche an der B 211 insgesamt 17,14 ha hochwertiger Wald an geeigneten Standorten aufgeforstet werden.

Frau Sager-Gertje erkundigt sich, wer die spezielle Artenschutzprüfung vorgenommen hat.

Herr Aufleger erläutert, dass die sogenannte spezielle artenschutzrechtliche Prüfung von Herrn Dr. Reichenbach unlängst erstellt worden ist.

Auf Anfrage von Frau Lamers macht Herr Aufleger deutlich, dass die 31 Immissionsaufpunkte in Zusammenarbeit mit der Verwaltung festgelegt worden sind, um die Auswirkungen auf die umliegende Wohnbebauung konkret ermitteln zu können. Im Übrigen sind die Immissionswerte (zulässiger Wert an einem Wohnhaus) bei gewerblichem Lärm grundsätzlich gleich, egal ob ein Gewerbe-, Industriegebiet oder ein Freizeitpark entsteht.

Herr Langhorst hinterfragt, ob das Verfahren für die Erstellung des Lärmgutachtens anerkannt ist.

Herr Aufleger erklärt, dass wie bei allen Bauleitverfahren üblich für die Erstellung des Gutachtens mehrfach überprüfte und anerkannte Computerprogramme verwendet werden, deren Vorgehensweise nicht zu beanstanden ist.

Nachdem Verständnisfragen von Herrn Aufleger geklärt worden sind, geben die Fraktionen ihre Stellungnahmen ab.

Herr von Essen stellt in seiner Erklärung, die der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt ist, besonders heraus, dass sowohl bei einem Gewerbe- als auch bei einem Industriegebiet, die Auswirkungen auf Natur- und Landschaft, die Verkehrsbelastung sowie die Schutzansprüche der Bürger identisch sind.

Frau Sager-Gertje hebt in ihrer Stellungnahme (Anlage 4 der Niederschrift) besonders hervor, dass die SPD-Fraktion von Beginn an die Entwicklung eines Gewerbegebiets mitgetragen hat. Erst als in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 01.10.2007 von einem Industriegebiet die Rede war, hat die SPD die Planung kritisch hinterfragt und daraufhin einen Antrag gestellt, die Planung auf ein Gewerbegebiet zu beschränken. Abschließend erhebt sie diese Forderung nochmals zum Antrag.

Herr Langhorst schließt sich den Ausführungen von Frau Sager-Gertje weitestgehend an und ergänzt aus dem Offenen Brief der Grünen (Anlage 5 der Niederschrift), dass sich insbesondere der Umgang mit dem Raumordnungsprogramm sowie den Belangen der Natur und Landschaft problematisch darstellt. Er stellt daraufhin folgenden Änderungsantrag:

1. Die Stellungnahme des Landkreises Nr. 1) 2. Absatz wird berücksichtigt.
2. Die vorhandene Baumreihe bis zum A 28a Biotop bleibt erhalten, um eine Vernetzung des Biotops mit der Landschaft zu ermöglichen.
3. Bei einer späteren Erweiterung des Plangebiets bleibt der Wald in Richtung Osten erhalten.
4. Die ehemals vorhandenen Ausgleichsflächen 2 und 3 werden dauerhaft als Standort für Laubmischwald festgesetzt (Laut Vertrag mit den Verkäufern ist ein Zugriff auf diese Flächen durch die Gemeinde möglich).
5. Zu den umliegenden Anwohnern beziehungsweise Dörfern Loy, Barghorn, Ipwege und Wahnbek werden großzügige Abstandsregelungen getroffen. Eine Eingrünung durch Gehölze, Waldstreifen sowie offene landwirtschaftlich nutzbare Flächen wird festgesetzt.
6. Der ökologische Ausgleich wird ortsnah im Sinne von Punkt 5 durchgeführt und nicht auf teilweise fernen zersplitterten Flächen.
7. Um Eingriffe in Natur und Landschaft möglichst gering zu halten und um Emissionen für die umliegenden Dörfer zu minimieren, wird das Plangebiet im Sinne der Baunutzungsverordnung § 8 ausgewiesen. Auf ein uneingeschränktes Industriegebiet wird verzichtet.
8. Das Maß der baulichen Nutzung
 - a. Höhe baulicher Anlagen
 - b. Grundflächenzahl
 - c. Geschossflächenzahl
 - d. Baumassenzahlwird nach den bisherigen guten Planungsgrundsätzen zur gewerblichen Entwicklung Rastedes ausgerichtet.

Bürgermeister Decker führt aus, dass die Ausweisung als Industriegebiet nicht erfolgt, um besonders emissionsträchtige Unternehmen anzusiedeln, sondern als Option zu sehen ist, um mit ansiedlungswilligen Betrieben grundsätzlich erst einmal ins Gespräch zu kommen. Er versichert, dass die Gemeinde Rastede an der bisherigen Ansiedlungspolitik festhalten wird, die sich wie an vielen Beispielen belegbar bewährt hat. Am Beispiel der vorgesehenen Erweiterung (Logistikzentrum) der Firma Ulla Popken am Standort Liethe zeigt sich allerdings auch, wie wichtig es ist, geeignete Industrieflächen parat zu haben, damit leistungsfähige und anerkannte Unternehmen langfristig in Rastede bleiben.

Herr Krause bemerkt hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit, dass zum gegenseitigen Vertrauen auch ein offener Umgang mit der Bevölkerung gehört. Vor diesem Hintergrund wäre es wünschenswert gewesen, wenn Vertreter der Mehrheitsgruppe und der Bürgermeister sich den Fragen der Bürgerinitiative im Rahmen der Informationsveranstaltung gestellt hätten.

Bürgermeister Decker betont, dass die Gemeinde Rastede gerade im Hinblick auf die aktuelle Planung eine offensive Öffentlichkeitsarbeit geleistet hat. So ist beispielsweise neben dem jüngst erstellten Flyer und einem Treffen mit der Bürgerinitiative im Rathaus seit dem 03.10.2007 in mehr als 20 Presseartikeln, sieben Bürgerversammlungen und mit vielschichtigen Informationen auf der Homepage der Gemeinde Rastede auf das Industriegebiet hingewiesen worden. Im Übrigen ist es Aufgabe der Verwaltung, zunächst die politischen Gremien zu informieren, da der Rat einen Anspruch auf die erste Information hat.

Herr Krause legt dar, dass die Vorgehensweise der Verwaltung nachvollziehbar ist, jedoch aus Sicht der SPD-Fraktion auf die Mehrheitsgruppe nicht zutrifft.

Herr Zörgiebel weist ergänzend zu den Ausführungen von Herrn von Essen darauf hin, dass ohne die Ausweisung geeigneter Industriegebiete hervorragende Betriebe wie Ulla Poken und Büfa abwandern würden. Deshalb ist es unumgänglich, die kontinuierliche politische Arbeit fortzusetzen, damit mittel- und langfristige Ausbildungs- und Arbeitsplätze gesichert werden.

Herr Haake fügt hinzu, dass die vorgesehenen Flächen am Autobahnkreuz verkehrsmäßig über die Autobahnen sehr gut erschlossen sind, sodass die Verkehre nicht durch besiedeltes Gebiet geführt werden müssen.

Herr Langhorst bedauert, dass die verkehrliche Anbindung ausschließlich über die Straße erfolgen soll, obwohl vor dem Hintergrund stetig steigender Energiepreise eindeutig der Bahn die Zukunft gehört.

Bürgermeister Decker legt dar, dass eine Schienenanbindung derzeit von keinem Unternehmen im Gemeindegebiet genutzt beziehungsweise eingefordert wird.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Herr Zörgiebel über den acht Punkte umfassenden Antrag von Herrn Langhorst abstimmen.

Bei 5 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Im Anschluss folgt die Abstimmung über den Antrag von Frau Sager-Gertje:

1. Das geplante Gewerbegebiet Autobahnkreuz Oldenburg-Nord (Bebauungsplan 86) ist insgesamt einzugrün.
2. Auf der nordwestlichen Seite ist angrenzend an die B 211 ein mindestens 20 Meter breiter Baumgürtel zu erhalten.
3. Das Gebiet wird als Gewerbegebiet entsprechend § 8 Baunutzungsverordnung (BauNVO) und nicht als Industriegebiet im Sinne von § 9 Baunutzungsverordnung eingeplant.

Bei 5 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Abschließend lässt Herr Zörgiebel über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschlussempfehlung:

1. Die im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung gemäß § 4a Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 01.09.2008 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 86 – Gewerbegebiet Autobahnkreuz Oldenburg-Nord nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	5
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 5

Straßenbenennung im Gemeindegebiet

Vorlage: 2008/137

Sitzungsverlauf:

Herr Henkel unterbreitet den Vorschlag, die Straßenbezeichnung „Am Autobahnkreuz“ bereits im Einmündungsbereich zum Gewerbegebiet zu verwenden und dann bis in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 86 – Gewerbegebiet Oldenburg-Nord weiterzuführen.

Herr Skirde begrüßt den Vorschlag ausdrücklich und beantragt eine entsprechende Beschlussfassung.

Herr Langhorst moniert, dass auch in dieser Beschlussvorlage der Begriff Gewerbegebiet verwendet wird.

Herr Henkel weist darauf hin, dass der Begriff Gewerbegebiet lediglich Teil des Arbeitstitels ist, der von Beginn des Verfahrens an verwendet wird. Üblicherweise wird der Arbeitstitel im Verlauf des Verfahrens nicht mehr verändert.

Beschlussempfehlung:

Die Einmündung in das Gewerbegebiet Autobahnkreuz Oldenburg-Nord bis zur Abzweigung in das neue Plangebiet (bisheriger Schafjückenweg/Hillersweg) sowie die Erschließungsstraße im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 86 – Gewerbegebiet Oldenburg-Nord erhalten den Namen „Am Autobahnkreuz“.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	1
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 6

**Aufstellung Bebauungsplan 79 B - Südlich Schlosspark
Vorlage: 2008/132**

Sitzungsverlauf:

Herr Aufleger vom Planungsbüro Nordwestplan erläutert, dass im Rahmen der öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange keine nennenswerten Anregungen und Hinweise eingegangen sind, sodass nunmehr in der nächsten Ratssitzung der Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 79 B „Südlich Schlosspark“ gefasst werden kann.

Herr von Essen und Frau Sager-Gertje begrüßen, dass der Abverkauf der Grundstücke im ersten Bauabschnitt zügig voran gegangen ist und nunmehr für neue Interessenten zeitnah weiteres Bauland zur Verfügung gestellt werden kann.

Beschlussempfehlung:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 01.09.2008 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 79 B – Südlich Schlosspark nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 7

Ausbau Peterstraße
Vorlage: 2008/133

Sitzungsverlauf:

Herr Krause und Herr von Essen begrüßen den Ausbau der Peterstraße in der vorgestellten Form und betonen, dass der vorgesehene höhengleiche Ausbau der Straße insbesondere dazu beiträgt, den Wohncharakter des Gebiets zu stärken.

Herr Langhorst ergänzt, dass sich das Modell des geteilten Raums (Share Space) in der Anton-Günther-Straße bewährt hat und auch künftig bei weiteren innerörtlichen Straßenausbau-projekten verwendet werden sollte.

Auf Nachfrage mehrerer Ausschussmitglieder erläutert Herr Ammermann, dass nach den Erfahrungen in der Anton-Günther-Straße das Thema Rutschfestigkeit bei der Materialauswahl besondere Beachtung findet.

Beschlussempfehlung:

Der Ausbau der Peterstraße wird wie in den Anlagen 1 und 2 dargestellt beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 8

Umgestaltung Kögel-Willms-Platz

Vorlage: 2008/134

Sitzungsverlauf:

Herr Ammermann stellt anhand einer Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt ist, den ersten Bauabschnitt zur Umgestaltung des Kögel-Willms-Platzes vor.

Herr von Essen befürwortet den schrittweisen Ausbau des Kögel-Willms-Platzes, gibt aber zu verstehen, dass auch die Frage der Möblierung zeitnah geklärt werden muss.

Frau Sager-Gertje schließt sich den Ausführungen von Herrn von Essen weitestgehend an und ergänzt, dass nach der Herrichtung der Veranstaltungsfläche zunächst einige Erfahrungen mit der Nutzung des Platzes gesammelt werden sollten, bevor weitere größere Baumaßnahmen folgen.

Herr Krause ist erfreut darüber, dass die Bürgerinnen und Bürger nunmehr die Chance haben, die Veränderung des Platzes zu erleben. Bei der Herrichtung des Parkplatzes sollte allerdings darauf geachtet werden, dass gleichzeitig auch hochwertige Fahrradständer installiert werden.

Herr Langhorst ergänzt, dass die Offenheit des Platzes gewahrt werden muss. Analog zu seinen Ausführungen in einer der zurückliegenden Sitzungen regt er an, Themen wie Sommergastronomie, die Öffnung des Platzes zur Kirche hin und Sommerspiele (z. B. Boule) nicht zu vernachlässigen.

Herr Zörgiebel begrüßt ebenfalls den vorgestellten Plan, der eine Grundsanierung des Platzes vorsieht und dabei gleichzeitig alle Optionen für die Zukunft offen hält.

Auf Anfrage von Herrn Skirde erläutert Bürgermeister Decker, dass ein Wasserspiel ohne Aufbauten vorgesehen ist, um auch diese dann ebenerdige Fläche bei Veranstaltungen mit nutzen zu können.

Beschlussempfehlung:

Die Durchführung des ersten Bauabschnittes zur Umgestaltung des Kögel-Willms-Platzes (Herstellung Parkplatz, „Veranstaltungsfläche“ sowie Bodenarbeiten für die verbleibende und zu überplanende Fläche) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 9

Inwertsetzung Denkmalsplatz

Vorlage: 2008/128

Sitzungsverlauf:

Auf Nachfrage von Herrn Zörgiebel erklärt Herr Ammermann, dass eine weitergehende Pflasterung rund um das WC-Gebäude aus Sicht der Verwaltung nicht erforderlich ist. Stattdessen ist vorgesehen, hier einen leicht zu pflegenden Schattenrasen anzulegen.

Herr Langhorst spricht sich für die vorgesehenen Maßnahmen 1 bis 4c aus. Er regt darüber hinaus an, ein Gespräch mit der Kirchengemeinde zu suchen, um den unschönen, mit Eternit-Platten versehenen Giebel des Kirchenbüros zu thematisieren. Vorstellbar wäre beispielsweise eine kostengünstige Verkleidung mit Lärchenholz, wofür die Gemeinde gegebenenfalls einen Zuschuss in Aussicht stellen könnte.

Bürgermeister Decker macht deutlich, dass bereits die Entfernung der Akazie und die Neuanpflanzung der Linden auf dem Kirchengelände von der politischen Gemeinde finanziert werden. Eine darüber hinaus gehende finanzielle Beteiligung an einer Gebäudesanierung ist aus Sicht der Verwaltung nicht vertretbar.

Herr von Essen begrüßt den vorgestellten Maßnahmenkatalog, der mit dazu beitragen wird, einen guten Gesamteindruck zu schaffen.

Frau Sager-Gertje erkundigt sich, wie weit die Planung für den Waldparkplatz fortgeschritten ist.

Bürgermeister Decker erläutert, dass mit dem Bau des Waldparkplatzes im Herbst begonnen werden soll, sodass sich die Parkplatzsituation rund um den Denkmalsplatz weiter entspannen wird.

Herr Ammermann ergänzt, dass die Zaunanlage entlang der Oldenburger Straße mittlerweile ausgeschrieben ist.

Beschlussempfehlung:

Die Umsetzung der Einzelmaßnahmen aus dem in der Anlage beigefügten Maßnahmen- und Kostenübersicht wird beschlossen. Die Umsetzung erfolgt in diesem Jahr.

Die fehlenden Haushaltsmittel in Höhe von 21.448,15 € sind überplanmäßig aus der Rücklage bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 10

**Oldenburger Straße (K 131) - Erweiterung Straßenbeleuchtung und Sanierung des Rad-
Fußweges; Antrag der UWG-Fraktion**

Vorlage: 2008/126

Sitzungsverlauf:

Herr Zörgiebel weist darauf hin, dass die Verwaltung zwischenzeitlich mitgeteilt hat, dass die Straßenbeleuchtung vom Hirschtor bis zum Kreisverkehrsplatz Borbecker Weg im Rahmen der Erschließung des Baugebiets „Südlich Schlosspark“ erfolgt. Außerdem hat die Pflasterkolonne des Bauhofes den Fußweg entlang der Oldenburger Straße teilweise aufgenommen und repariert, sodass die größten Probleme beseitigt sind. Vor dem Hintergrund, dass der Umbau der Oldenburger Straße möglicherweise förderfähig ist, sollte die Verwaltung zunächst beauftragt werden, Gespräche mit dem Landkreis hinsichtlich einer zügigen Abwicklung zu führen.

Bürgermeister Decker ergänzt, dass der Umbau der Oldenburger Straße zwischen Schloßstraße und Hirschtorweg vom Landkreis Ammerland zur Förderung nach dem Entflechtungsgesetz (ehemals GVFG) angemeldet worden ist. Im Zuge eines Aus- beziehungsweise Umbaus könnten dann auch die Nebenanlagen (Parkplätze, Fuß- und Radweg) überplant werden.

Herr Langhorst begrüßt, dass eine umfassende Überplanung des jetzt nur provisorisch hergerichteten Teilstücks angedacht ist und legt dar, dass eine Weiterführung analog des im vergangenen Jahr ausgebauten Teilstücks zwischen Kirche und Schloss sinnvoll und wünschenswert wäre.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Landkreis Ammerland aufzufordern, den vorgesehenen Umbau der Oldenburger Straße zwischen Schloßstraße und Hirschtorweg zeitnah umzusetzen und die für den Umbau erforderlichen Fördermittel nach dem Entflechtungsgesetz (vormals GVFG) einzuwerben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 11

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Zörgiebel schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 18:58 Uhr.